

## **Beschlussempfehlung**

### **des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (6. Ausschuss)**

#### **Übersicht 3**

#### **über die dem Deutschen Bundestag zugeleiteten Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht**

Der Bundestag wolle beschließen,  
von einer Äußerung und/oder einem Verfahrensbeitrag zu den in der anliegenden  
Übersicht aufgeführten Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht abzusehen.

Berlin, den 15. Oktober 2014

**Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz**

**Renate Künast**  
Vorsitzende

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Art	Gegenstand
18/16	1 BvF 1/13	Abstrakte Normenkontrolle	<p>Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung,</p> <p>ob § 40 Absatz 1 a des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuchs (LFGB), eingeführt durch Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes zur Änderung des Rechts der Verbraucherinformation vom 15. März 2012 (BGBl I S. 476) nichtig ist.</p> <p>Antragsteller: Niedersächsische Landesregierung, vertreten durch die Niedersächsische Staatskanzlei, Hannover</p> <p><i>betr.:</i> <i>Die niedersächsische Landesregierung erachtet § 40 Absatz 1a des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuchs (LFGB) als verfassungswidrig und beantragt, diesen für nichtig zu erklären. Die in § 40 Absatz 1a LFGB enthaltene Verpflichtung der zuständigen Behörden zur Information der Öffentlichkeit, wenn der hinreichend begründete Verdacht besteht, dass in Vorschriften im Anwendungsbereich dieses Gesetzes festgelegte zulässige Grenzwerte, Höchstgehalte oder Höchstmengen überschritten wurden oder gegen sonstige Vorschriften im Anwendungsbereich dieses Gesetzes, die dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gesundheitsgefährdungen oder vor Täuschung oder der Einhaltung hygienischer Anforderungen dienen, in nicht nur unerheblichem Ausmaß oder wiederholt verstoßen worden ist und die Verhängung eines Bußgeldes von mindestens dreihundertfünfzig Euro zu erwarten ist, sei nicht mit dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung vereinbar und verstoße daher gegen Artikel 2 Absatz 1 i.V.m. Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes.</i></p>
18/17	1 BvR 639/11 1 BvR 889/12	Verfassungsbeschwerde	<p>I. der Frau N...,</p> <p>gegen a) den Beschluss des Bundesfinanzhofs vom 18. Januar 2011 – II B 74/10 –, b) das Urteil des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz vom 6. Mai 2010 – 4 K 1417/09 –, c) die Einspruchsentscheidung des Finanzamts K. vom 2. März 2009 – ... –, d) den Einheitswertbescheid und Grundsteuermessbescheid des Finanzamts K. vom 26. März 2008 – ... –</p> <p style="text-align: center;">– 1 BvR 639/11 –,</p> <p>II. 1. des Herrn Dr. K..., 2. der Frau K...,</p> <p>gegen a) den Beschluss des Bundesfinanzhofs vom 24. Februar 2012 – II B 110/11 –,</p>

			<p>b) das Urteil des Finanzgerichts Düsseldorf vom 13. Oktober 2011 – 11 K 1484/10 Gr.BG –,</p> <p>c) die Einspruchsentscheidung des Finanzamts M. vom 28. Juni 2005 – ... –,</p> <p>d) den Einheitswert- und Grundsteuermessbescheid des Finanzamts M. vom 13. April 2014 – ... –</p> <p style="text-align: center;">– 1 BvR 889/12 –,</p> <p><i>betr.:</i> Die Beschwerdeführer beider Verfassungsbeschwerden wenden sich gegen die Bewertung ihrer Grundstücke zum Zwecke der Erhebung von Grundsteuer. Insbesondere rügen sie, die nach dem Bewertungsgesetz (BewG) im Ertragswert- und im Sachwertverfahren als Grundlage für die Erhebung von Grundsteuer ermittelten Werte wichen erheblich voneinander ab. Zudem hätten diese Werte keinen erkennbaren Bezug zum tatsächlichen Wert der betroffenen Grundstücke. Die Beschwerdeführer rügen eine Verletzung des allgemeinen Gleichheitssatzes in Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes.</p>
18/18	1 BvR 2354/13	Verfassungsbeschwerde	<p>des Herrn C. Sch.</p> <p>gegen § 19 Abs. 1 Satz 1, § 20 Abs. 1 Satz 1 und 2 sowie § 21 Abs. 1 Satz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) – unter Bezugnahme auf das Rechtsextremismustateigesetz (RED-G) –</p> <p><i>betr.:</i> In der Sache richtet sich der Beschwerdeführer – ein Angeklagter im sog. NSU-Prozess vor dem OLG München – gegen §§ 19 Absatz 1, Satz 1, 20 Absatz 1, Satz 1 und 2 sowie 21 Absatz 1, Satz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG). Diese Normen ermöglichen die Übermittlung von Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) an Strafverfolgungsbehörden. Wegen seiner Zugehörigkeit zur rechtsextremistischen Szene bis zum Jahr 2000 sei mit einiger Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass der Beschwerdeführer Gegenstand "geheimdienstlicher Datenerhebungen" gewesen sei. Die damit stets bestehende Möglichkeit der Übermittlung von beim BfV über ihn vorliegenden Daten verletzte ihn in seinem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung in Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 GG.</p>
18/19	2 BvE 2/14	Organstreitverfahren	<p>In dem Verfahren über den Antrag festzustellen,</p> <p>dass die Antragsgegnerin die Rechte der Antragstellerin aus Artikel 21 Absatz 1 des Grundgesetzes dadurch verletzt hat, dass sie mit Blick auf die Antragstellerin öffentlich erklärt hat:</p> <p>„Aber ich werde im Thüringer Wahlkampf mithelfen, alles dafür zu tun, dass es erst gar nicht so weit kommt bei der Wahl im September. Ziel Nummer muss sein, dass die NPD nicht in den Landtag kommt.“</p>

			<p>und auf diese Weise unter Verletzung ihrer Pflicht zur parteipolitischen Neutralität zu Lasten der Antragstellerin in den laufenden Landtagswahlkampf in Thüringen eingegriffen hat</p> <p>und Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung.</p> <p>Antragstellerin: Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Vertreten durch den amtierenden Parteivorsitzenden Udo Pastörs,</p> <p>Antragsgegnerin: Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Frau Manuela Schwesig</p> <p><i>Anm.:</i> <i>Den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung hat das BVerfG mit Beschluss vom 15. Juli 2014 abgelehnt. Die mündliche Verhandlung in der Hauptsache hat am 22. Juli 2014 stattgefunden.</i></p>
18/20	2 BvR 1958/13	Verfassungsbeschwerde	<p>des Herrn J. Sch.</p> <p>gegen den Beschluss des Hamburgischen Obergerichtes vom 29. Juli 2013 – 1 Bs 145/13 –,</p> <p>und Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung</p> <p><i>betr.:</i> <i>In der Sache geht es darum, dass der Beschwerdeführer eine erneute Entscheidung über die Besetzung von Beförderungsstellen begehrt. In einem Auswahlverfahren waren ihm drei Konkurrenten vorgezogen worden. Das VG Hamburg hatte dem Antrag des Beschwerdeführers stattgegeben und dies damit begründet, dass der Dienstherr auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse den von Art. 33 Abs. 2 GG geforderten Eignungs-, Befähigungs- und Leistungsvergleich nicht ordnungsgemäß durchgeführt habe. Für die zu besetzenden Beförderungsposten liege weder eine Stellenbewertung noch eine -ausschreibung vor, aus der sich das Anforderungsprofil, in Bezug auf welches die Bewerber verglichen würden, ergebe; die Beförderung sollte im Wege der Topfwirtschaft, d. h. unter unveränderter Beibehaltung des innegehabten Dienstpostens des Ausgewählten durch bloße Hebung von dessen Statusamt erfolgen. Das OVG Hamburg änderte diesen Beschluss ab. Es gebe keine Bedenken gegen die Bündelung der Dienstposten; die Topfwirtschaft sei mit den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums vereinbar. Auch das Bundesverwaltungsgericht lasse in seinem Urteil vom 20. Juni 2011 ausdrücklich zu, dass gebündelte Dienstposten eingerichtet würden. Wenn dies jedoch möglich sei, so müsse es auch möglich sein, Beamte auf diesen Dienstposten auf eines der Ämter zu befördern, denen diese Dienstposten zugeordnet seien.</i></p>
18/21	1 BvL 5/13 1 BvL 3/14 1 BvL 4/14 1 BvL 5/14	Aussetzungs- und Vorlagebeschluss	<p>Verfassungsrechtliche Prüfung,</p> <p>I. ob die §§ 31, 32 des Hochschulrahmengesetzes in der Fassung des Siebten HRG-Änderungsgesetzes vom 28. August 2004 (BGBl I S. 2298) sowie die Vorschriften zur Ratifizierung und Umsetzung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung:</p>

			<ul style="list-style-type: none"><li>- Baden-Württemberg: § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 10. November 2009 (GBl BW S. 663); §§ 1, 2, 2a des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Baden-Württemberg, zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 2012 (GBl BW S. 457),</li><li>- Bayern: Zustimmungsgesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 22. April 2009 (Bay GVBl S. 186); Art. 7, 11 des Gesetzes über die Hochschulzulassung in Bayern, zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Juli 2012 (Bay GVBl S. 339),</li><li>- Berlin: § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 29. Oktober 2008 (GVBl [BE] S. 310); §§ 8, 11 des Berliner Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2011 (GVBl [BE] S. 194),</li><li>- Brandenburg: § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag vom 5. Juni 2008 über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 3. Dezember 2008 (GVBl I S. 310),</li><li>- Bremen: Art. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 16. Dezember 2008 (GBl 2009, S. 15); §§ 3, 7 des Bremischen Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2011 (GBl 2012, S. 24),</li><li>- Hamburg: Art. 1, 3, 4 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 17. Februar 2009 (GVBl 2009, S. 36); zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. März 2012 (GVBl 2009, S. 132),</li><li>- Hessen: §§ 1, 4, 7 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 2011 (GVBl I S. 679),</li><li>- Mecklenburg-Vorpommern: Art. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung sowie zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes vom 11. März 2010 (GVBl M-V, S. 164); §§ 4 und 6 des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Mecklenburg-Vorpommern, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2010 (GVBl M-V, S. 730, 758),</li><li>- Niedersachsen: Ziffer (1) des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 17. Februar 2010; §§ 8, 9 des Niedersächsischen Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juni 2011 (GVBl S. 202),</li><li>- Nordrhein-Westfalen: § 1 des Gesetzes zur Ratifizierung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 18. November 2008 (GV NW S. 710); §§ 2, 6 des Hochschulzulassungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. März 2011 (GV NW S. 165),</li></ul>
--	--	--	--

			<ul style="list-style-type: none"> <li>- Rheinland-Pfalz: §§ 1, 4 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2011 (GVBl S. 455),</li> <li>- Saarland: §§ 1, 3, 4 des Gesetzes Nr. 1666 zur Ratifizierung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 9. Dezember 2008 (ABl S. 331),</li> <li>- Sachsen: Art. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 16. April 2009 (SächsGVBl S. 155); §§ 1, 3 des Sächsischen Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Oktober 2012 (SächsGVBl S. 568),</li> <li>- Sachsen-Anhalt: §§ 1 (Ratifizierung), 3a und 12 des Hochschulzulassungsgesetzes Sachsen-Anhalt, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2011 (GVBl LSA S. 876),</li> <li>- Schleswig-Holstein: Art. 1 des Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 27. Juni 2008 (GVOBl Schl.-H. S. 304); §§ 1, 3, 4 des Zustimmungs- und Ausführungsgesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2009 (GVOBl Schl.-H. S. 331),</li> <li>- Thüringen: § 1 des Thüringer Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 16. Dezember 2008 (GVBl S. 20); §§ 9, 11 des Thüringer Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 2011 (GVBl S. 87)</li> </ul> <p>mit dem Grundgesetz vereinbar sind, soweit sie für den Studiengang Humanmedizin ein Vergabeverfahren vorsehen, bei dem nach Abzug einiger Vorabquoten 20 % der Studienplätze allein nach dem Grad der Qualifikation (unter Bildung von Länderquoten), 60 % der Studienplätze maßgeblich nach dem Grad der Qualifikation (ohne Bildung von Länderquoten) und 20 % der Studienplätze nach Wartezeit (ohne Beschränkung auf Bewerbungssemester) vergeben werden und bei dem die für eine Zulassung in der Wartezeitquote erforderliche Anzahl von Wartesemestern regelmäßig die Dauer eines normalen Studiums übersteigt.</p> <p>– Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom 19. März 2013 (6z K 4171/12) –</p> <p style="text-align: center;">– 1 BvL 5/13 –,</p> <p>II. ob die §§ 31, 32 des Hochschulrahmengesetzes in der Fassung des Siebten HRG-Änderungsgesetzes vom 28. August 2004 (BGBl I S. 2298) sowie die Vorschriften zur Ratifizierung und Umsetzung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Baden-Württemberg: § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 10. November 2009 (GBI BW S. 663); §§ 1, 2, 2a</li> </ul>
--	--	--	--

			<p>des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Baden-Württemberg, zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 2012 (GBl BW S. 457),</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Bayern: Zustimmungsgesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für die Hochschulzulassung vom 22. April 2009 (Bay GVBl S. 186); Art. 7, 11 des Gesetzes über die Hochschulzulassung in Bayern, zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Mai 2013 (Bay GVBl S. 252),</li><li>- Berlin: § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 29. Oktober 2008 (GVBl [BE] S. 310); §§ 8, 11 des Berliner Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2013 (GVBl [BE] S. 198),</li><li>- Brandenburg: § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag vom 5. Juni 2008 über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 3. Dezember 2008 (GVBl I S. 310),</li><li>- Bremen: Art. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 16. Dezember 2008 (GBl2009, S. 15); §§ 3, 7 des Bremischen Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2011 (GBl2012, S. 24),</li><li>- Hamburg: Art. 1, 3, 4 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 17. Februar 2009 (GVBl 2009, S. 36), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. März 2012 (GVBl S. 132),</li><li>- Hessen: §§ 1, 4, 7 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 2011 (GVBl I S. 679),</li><li>- Mecklenburg-Vorpommern: Art. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung sowie zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes vom 11. März 2010 (GVOBl M-V, S. 164); §§ 4 und 6 des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Mecklenburg-Vorpommern, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2010 (GVOBl M-V, S. 730, 758),</li><li>- Niedersachsen: Ziffer (1) des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 17. Februar 2010; §§ 8, 9 des Niedersächsischen Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2013 (GVBl S. 287),</li><li>- Nordrhein-Westfalen: § 1 des Gesetzes zur Ratifizierung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 18. November 2008 (GV NW S. 710); §§ 2, 6 des Hochschulzulassungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. März 2011 (GV NW S. 165),</li><li>- Rheinland-Pfalz: §§ 1, 4 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzu-</li></ul>
--	--	--	--

			<p>lassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2011 (GVBl S. 455),</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Saarland: §§ 1, 3, 4 des Gesetzes Nr. 1666 zur Ratifizierung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 9. Dezember 2008 (ABl S. 331),</li> <li>- Sachsen: Art. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 16. April 2009 (SächsGVBl S. 155); §§ 1, 3 des Sächsischen Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Oktober 2012 (SächsGVBl S. 568),</li> <li>- Sachsen-Anhalt: §§ 1 (Ratifizierung), 3a und 12 des Hochschulzulassungsgesetzes Sachsen-Anhalt, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2011 (GVBl LSA S. 876),</li> <li>- Schleswig-Holstein: Art. 1 des Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 27. Juni 2008 (GVOBl Schl.-H. S. 304), §§ 1, 3, 4 des Zustimmungs- und Ausführungsgesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2009 (GVOBl Schl.-H. S. 331),</li> <li>- Thüringen: § 1 des Thüringer Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 16. Dezember 2008 (GVBl S. 20), §§ 9, 11 des Thüringer Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 2011 (GVBl S. 87)</li> </ul> <p>mit dem Grundgesetz vereinbar sind, soweit sie für den Studiengang Humanmedizin ein Vergabeverfahren vorsehen, bei dem nach Abzug einiger Vorabquoten 20 % der Studienplätze allein nach dem Grad der Qualifikation (unter Bildung von Länderquoten), 60 % der Studienplätze maßgeblich nach dem Grad der Qualifikation (ohne Bildung von Länderquoten) und 20 % der Studienplätze nach Wartezeit (ohne Beschränkung auf Bewerbungssemester) vergeben werden und bei die für eine Zulassung in der Wartezeitquote erforderliche Anzahl an Wartesemestern regelmäßig die Dauer eines normalen Studiums übersteigt.</p> <p>– Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen 18. März 2014 (6z K 4455/13) –</p> <p style="text-align: center;"><b>– 1 BvL 3/14 –,</b></p> <p>III. ob die §§ 31, 32 des Hochschulrahmengesetzes in der Fassung des Siebten HRG-Änderungsgesetzes vom 28. August 2004 (BGBl I S. 2298) sowie die Vorschriften zur Ratifizierung und Umsetzung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Baden-Württemberg: § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 10. November 2009 (GBI BW S. 663); §§ 1, 2, 2a des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in</li> </ul>
--	--	--	--



			<p>Baden-Württemberg, zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 2012 (GBl BW S. 457),</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Bayern: Zustimmungsgesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für die Hochschulzulassung vom 22. April 2009 (Bay GVBl S. 186); Art. 7, 11 des Gesetzes über die Hochschulzulassung in Bayern, zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Mai 2013 (Bay GVBl S. 252),</li><li>- Berlin: § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 29. Oktober 2008 (GVBl [BE] S. 310); §§ 8, 11 des Berliner Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2013 (GVBl [BE] S. 198),</li><li>- Brandenburg: § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag vom 5. Juni 2008 über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 3. Dezember 2008 (GVBl I S. 310),</li><li>- Bremen: Art. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 16. Dezember 2008 (GBl 2009, S. 15); §§ 3, 7 des Bremischen Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2011 (GBl 2012, S. 24),</li><li>- Hamburg: Art. 1, 3, 4 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 17. Februar 2009 (GVBl 2009, S. 36), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. März 2012 (GVBl S. 132),</li><li>- Hessen: §§ 1, 4, 7 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 2011 (GVBl I S. 679),</li><li>- Mecklenburg-Vorpommern: Art. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung sowie zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes vom 11. März 2010 (GVOBl M-V, S. 164); §§ 4 und 6 des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Mecklenburg-Vorpommern, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2010 (GVOBl M-V, S. 730, 758),</li><li>- Niedersachsen: Ziffer (1) des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 17. Februar 2010; §§ 8, 9 des Niedersächsischen Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2013 (GVBl S. 287),</li><li>- Nordrhein-Westfalen: § 1 des Gesetzes zur Ratifizierung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 18. November 2008 (GV W S. 710); §§ 2, 6 des Hochschulzulassungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. März 2011 (GV NW S. 165),</li><li>- Rheinland-Pfalz: §§ 1, 4 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzu-</li></ul>
--	--	--	---

			<p>lassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2011 (GVBl S. 455),</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Saarland: §§ 1, 3, 4 des Gesetzes Nr. 1666 zur Ratifizierung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 9. Dezember 2008 (Abl S. 31),</li> <li>- Sachsen: Art. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 16. April 2009 (SächsGVBl S. 155); §§ 1, 3 des Sächsischen Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Oktober 2012 (SächsGVBl S. 568),</li> <li>- Sachsen-Anhalt: §§ 1 (Ratifizierung), 3a und 12 des Hochschulzulassungsgesetzes Sachsen-Anhalt, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2011 (GVBl LSA S. 876),</li> <li>- Schleswig-Holstein: Art. 1 des Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 27. Juni 2008 (GVOBl Schl.-H. S. 304), §§ 1, 3, 4 des Zustimmungs- und Ausführungsgesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2009 (GVOBl Schl.-H. S. 331),</li> <li>- Thüringen: § 1 des Thüringer Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 16. Dezember 2008 (GVBl S. 20), §§ 9, 11 des Thüringer Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 2011 (GVBl S. 87)</li> </ul> <p>mit dem Grundgesetz vereinbar sind, soweit sie für den Studiengang Humanmedizin ein Vergabeverfahren vorsehen, bei dem nach Abzug einiger Vorabquoten 20 % der Studienplätze allein nach dem Grad der Qualifikation (unter Bildung von Länderquoten), 60 % der Studienplätze maßgeblich nach dem Grad der Qualifikation (ohne Bildung von Länderquoten) und 20 % der Studienplätze nach Wartezeit (ohne Beschränkung auf Bewerbungssemester) vergeben werden und bei dem die für eine Zulassung in der Wartezeitquote erforderliche Anzahl an Wartesemestern regelmäßig die Dauer eines normalen Studiums übersteigt.</p> <p>– Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom 18. März 2014 (6z K 4229/13) –</p> <p style="text-align: center;">– 1 BvL 4/14 –,</p> <p>IV. ob die §§ 31, 32 des Hochschulrahmengesetzes in der Fassung des Siebten HRG-Änderungsgesetzes vom 28. August 2004 (BGBl I S. 2298) sowie die Vorschriften zur Ratifizierung und Umsetzung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Baden-Württemberg: § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 10. November 2009 (GBI BW S. 663); §§ 1, 2, 2a des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Baden- Württemberg, zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli</li> </ul>
--	--	--	--

			<p>2012 (GBl BW S. 457),</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Bayern: Zustimmungsgesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für die Hochschulzulassung vom 22. April 2009 (Bay GVBl S. 186); Art. 7, 11 des Gesetzes über die Hochschulzulassung in Bayern, zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Mai 2013 (Bay GVBl S. 252),</li><li>- Berlin: § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 29. Oktober 2008 (GVBl [BE] S. 310); §§ 8, 11 des Berliner Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2013 (GVBl [BE] S. 198),</li><li>- Brandenburg: § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag vom 5. Juni 2008 über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 3. Dezember 2008 (GVBl I S. 310),</li><li>- Bremen: Art. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 16. Dezember 2008 (GBl 2009, S. 15); §§ 3, 7 des Bremischen Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2011 (GBl 2012, S. 24),</li><li>- Hamburg: Art. 1, 3, 4 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 17. Februar 2009 (GVBl 2009, S. 36), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. März 2012 (GVBl S. 132),</li><li>- Hessen: §§ 1, 4, 7 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 2011 (GVBl I S. 679),</li><li>- Mecklenburg-Vorpommern: Art. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung sowie zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes vom 11. März 2010 (GVOBl M-V, S. 164); §§ 4 und 6 des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Mecklenburg-Vorpommern, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2010 (GVOBl M-V, S. 730, 758),</li><li>- Niedersachsen: Ziffer (1) des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 17. Februar 2010; §§ 8, 9 des Niedersächsischen Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2013 (GBl S. 287),</li><li>- Nordrhein-Westfalen: § 1 des Gesetzes zur Ratifizierung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 18. November 2008 (GV NW S. 710); §§ 2, 6 des Hochschulzulassungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. März 2011 (GV NW S. 165),</li><li>- Rheinland-Pfalz: §§ 1, 4 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzu-</li></ul>
--	--	--	---

			<p>lassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2011 (GVBl S. 455),</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Saarland: §§ 1, 3, 4 des Gesetzes Nr. 1666 zur Ratifizierung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 9. Dezember 2008 (ABl. S. 331),</li> <li>- Sachsen: Art. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 16. April 2009 (SächsGVBl S. 155); §§ 1, 3 des Sächsischen Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Oktober 2012 (SächsGVBl S. 568),</li> <li>- Sachsen-Anhalt: §§ 1 (Ratifizierung), 3a und 12 des Hochschulzulassungsgesetzes Sachsen-Anhalt, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2011 (GVBl LSA S. 876),</li> <li>- Schleswig-Holstein: Art. 1 des Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 27. Juni 2008 (GVOBl Schl.-H. S. 304), §§ 1, 3, 4 des Zustimmungs- und Ausführungsgesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2009 (GVOBl Schl.-H. S. 331),</li> <li>- Thüringen: § 1 des Thüringer Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 16. Dezember 2008 (GVBl S. 20), §§ 9, 11 des Thüringer Hochschulzulassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 2011 (GVBl S. 87)</li> </ul> <p>mit dem Grundgesetz vereinbar sind, soweit sie für den Studiengang Humanmedizin ein Vergabeverfahren vorsehen, bei dem nach Abzug einiger Vorabquoten 20 % der Studienplätze allein nach dem Grad der Qualifikation (unter Bildung von Länderquoten), 60 % der Studienplätze maßgeblich nach dem Grad der Qualifikation (ohne Bildung von Länderquoten) und 20 % der Studienplätze nach Wartezeit (ohne Beschränkung auf Bewerbungssemester) vergeben werden und bei dem die für eine Zulassung in der Wartezeitquote erforderliche Anzahl an Wartesemestern regelmäßig die Dauer eines normalen Studiums übersteigt.</p> <p>– Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom 18. März 2014 (6z K 4324/13) –</p> <p style="text-align: center;">– 1 BvL 5/14 –</p>
18/23	1 BvR 1782/09 1 BvR 2795/09 1 BvR 3187/10	Verfassungsbeschwerde	<p>des Herrn B. E.</p> <p>gegen Artikel 33 Absatz 2 Satz 2 und 3 sowie Artikel 38 Absatz 3 des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (BayPAG) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes vom 3. Juli 2008 (Bay. GVBl S. 365)</p> <p style="text-align: center;">– 1 BvR 1782/09 –</p> <p>1. der Frau M. M.</p>

			<p>2. des Herrn F. E. 3. des Herrn I. F.</p> <p>gegen § 22 a des Polizeigesetzes (PolG) des Landes Baden-Württemberg, eingeführt durch Gesetz vom 18. November 2008 (GBl. BW S. 390)</p> <p style="text-align: center;">– 1 BvR 2795/09 –</p> <p>des Herrn W. B.</p> <p>gegen 1. § 14 a des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBl I S. 14), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBl I S. 635),</p> <p>2. § 22 Absatz 1 Satz 2 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBl I S. 14), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBl I S. 635)</p> <p style="text-align: center;">– 1 BvR 3187/10 –</p> <p><i>betr.:</i> <i>In der Sache richten sich die Verfassungsbeschwerden von Beschwerdeführern aus den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Hessen gegen die Vorschriften aus den jeweiligen Polizei- bzw. Ordnungsgesetzen, die die Erfassung von Kfz-Kennzeichen durch polizeiliche Kennzeichenerfassungssysteme erlauben. Hierbei werden durch stationäre oder teilstationäre Anlagen die Kennzeichen sämtlicher passierender Fahrzeuge erfasst und mit polizeilichen Datenbeständen abgeglichen.</i></p>
18/24	2 BvR 636/12	Verfassungsbeschwerde	<p>des Herrn W.</p> <p>gegen a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Rostock vom 16. Februar 2012 – I Ws 17 und 18/12 –, b) den Beschluss des Landesgerichts Rostock vom 2. Dezember 2011 – 12 StVK 1129/11-2 –, c) den Beschluss des Landesgerichts Rostock vom 21. Oktober 2011 – 12 StVK 1129/11-2 –.</p> <p><i>betr.:</i> <i>In der Sache richtet sich die Verfassungsbeschwerde gegen einen Beschluss des OLG Rostock und zwei Beschlüsse des LG Rostock, wonach der Beschwerdeführer nach der Verbüßung einer Freiheitsstrafe wegen Vergewaltigung im Rahmen der Führungsaufsicht die Weisung zum Tragen einer elektronischen Fußfessel zur elektronischen Überwachung des Aufenthaltsortes erhalten hat.</i></p>





